



**mouvement
écologique**

Umweltministerin Carole Dieschbourg

Luxemburg, den 5. April 2021

Betrifft: Kompetenztransfer der Naturschutzgenehmigungen vom Umweltministerium in die Natur- und Forstverwaltung

Sehr geehrte Frau Ministerin,

In den vergangenen Wochen wurde mehrfach angesprochen, dass die Kompetenz betreffend die Naturschutzgenehmigungen vom Umweltministerium in die Natur- und Forstverwaltung verlagert werden sollen.

Mit folgendem Schreiben möchte der Mouvement Ecologique seine größten Bedenken zu dieser Verlagerung äußern. Dies nicht zuletzt, da aufgrund dieser Abänderung, die Natur- und Forstverwaltung noch weitaus stärker als bisher „juge et partie“ sein würde. Dabei stellt auch jetzt schon ohne die Verlagerung der Kompetenzen betreffend die Genehmigungen, die doppelte Funktion dieser Verwaltung bereits ein erhebliches Problem dar.

Wir erlauben uns Ihnen im Folgenden unsere grundsätzlichen Überlegungen mitzuteilen:

Aktuelle Situation

Gemäß aktueller Rechtslage werden alle Genehmigungsanfragen in Bezug auf das Naturschutzgesetz zuerst von der „*Administration de la Nature et des Forêts*“ begutachtet, anschließend entscheidet das Umweltministerium, stellt die Genehmigung aus oder aber verbietet den Eingriff. Damit ist u.E. eine gewisse Kohärenz gegeben, da notgedrungen jeder einzelne Förster aber auch jeder nachgeordnete „*Chef de Service Régional*“ einen anderen fachlichen Blickwinkel hat. Das Ministerium hat dagegen einen gewissen Überblick und kann dafür Sorge tragen, dass alle Antragsteller gleich behandelt werden und kein regionales Gefälle entsteht. Dem kann man entgegenstellen, dass ein Teil der Anträge eher banale Eingriffe, wie z.B. Gartenhäuschen betrifft, oder aber, dass selbst Anträge für Naturschutzprojekte manchmal ein Jahr Bearbeitungszeit brauchen. Aber: diese beiden Aspekte können ohne Kompetenztransfer geregelt werden.

Bedenken des Mouvement Ecologique

Wie bereits 2001 im „*Audit organisationnel*“ der damaligen Forstverwaltung hervorgehoben, übernimmt diese Verwaltung oftmals eine doppelte Rolle als „*juge et partie*“.

Diese höchst problematische Situation wurde leider im Rahmen der letzten großen Reform des Naturschutzgesetzes an mehreren Stellen zementiert – was der Mouvement Ecologique in den vergangenen Jahren immer wieder anprangerte.

In der Praxis führt die heutige Situation dazu, dass ein „*Chef de Service Régional*“ eine Waldstraße plant, die Naturschutzgenehmigung beim Umweltministerium beantragt, selbst das dazu notwendige Gutachten (*Avis*) schreibt und anschließend überwacht, ob er sich bei der Umsetzung der von ihm mitbegleiteten Genehmigung an das Gesetz hält sowie die Kompensierungen fach- und zeitgerecht umgesetzt werden.

Noch pikanter wird es, wie vor einem Jahr geschehen, wenn die Naturverwaltung eine solche Waldstraße ohne Genehmigung baut – und sich selbst „*a posteriori*“ regularisiert und sich Umweltauflagen selbst auferlegt. Dies ist kein gutes Omen für eine Verwaltung, die noch mehr Macht bekommen soll.

Darüber hinaus ist der Mouvement Ecologique der Meinung, dass – trotz positiver Entwicklungen - die „*Administration de la Nature et des Forêts*“ noch immer den Naturschutz zu sehr durch die sogenannte „Holzbrille“ sieht. Auch wenn einzelne Beamte sicherlich eine gute Arbeit verrichten, so ist doch festzustellen, dass die fachliche Kompetenz zum Ansprechen verschiedener Habitats, zum Feststellen und Protokollieren von Beeinträchtigung von Offenlandhabitats sowie Kenntnisse zu elementaren Ansprüchen des Artenschutzes noch zu oft fehlen. D.h. im Alltag, dass Offenlandbiotop gegenüber der omnipräsenten Waldpflege systematisch benachteiligt werden. Dies im klaren Widerspruch zum Nationalen Naturschutzplan (PNPN2).

Die genannten Argumente veranlassen den Mouvement Ecologique zur Schlussfolgerung, dass darüber nachgedacht werden muss, wie die aktuelle Situation verbessert werden kann. Aus der Sicht einer „bonne gouvernance“ ist nicht vertretbar, dass eine Verwaltung drei Rollen gleichzeitig spielt - als Akteur, als Gutachter und letztendlich als Kontrollinstanz. Dementsprechend warnt der Mouvement Ecologique eindringlich vor einem weiteren Kompetenztransfer in Sachen Naturschutzgenehmigungen an die ANF.

Allenfalls kann sich der Mouvement Ecologique vorstellen, dass als geringfügig anzusehende Eingriffe in die Natur innerhalb der Naturverwaltung entschieden werden. Wobei jedoch äußerst präzise formuliert werden müsste, welche Kriterien Anfragen erfüllen müssen, damit sie in diese Kategorie eingestuft werden können.

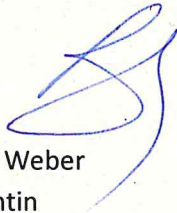
Das Ministerium verweist in diesem Zusammenhang gerne darauf, dass auch die Umweltverwaltung eigenständig Genehmigungen erteilt. Es sei aber darauf verwiesen, dass die Umweltverwaltung z.B. in Kommodo-Verfahren feste Grenzwerte für eine spezielle Anlage zu berücksichtigen hat. Im Naturschutzbereich ist die Situation anders gelagert, da hier – je nach Situation – es keine derartigen festen Grenzwerte gibt und doch jeweils eine spezifischere Analyse des Standortes, der Situation usw. gegeben ist und ein gewisser Ermessungsspielraum im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen bestehen kann!

Derzeit arbeitet das Umweltministerium an einer Reform der Strukturen im Naturschutzbereich. Vor knapp einem Jahr, wurde der Mouvement Ecologique aufgefordert, kurzfristig seine diesbezüglichen Anregungen einzureichen. Seither ist nicht gewusst, was der Stand der Dinge ist und inwiefern welche strukturellen Änderungen vorgesehen sind.

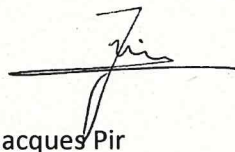
Die Verlagerung der wichtigen Kompetenz betreffend Genehmigungen, ohne Gesamteinbettung in die so dringende Reform der Naturschutzstrukturen, wäre nach Ansicht des Mouvement Ecologique zudem nicht nachvollziehbar und würde keine qualitative Verbesserung des Naturschutzes in Luxemburg herbeiführen, im Gegenteil!

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns über den Stand der Dinge der Fortentwicklung des Audits informieren und Ihre Stellungnahme zu den genannten Argumenten darlegen würden und danken Ihnen für Ihr Verständnis.

Hochachtungsvoll



Blanche Weber
Präsidentin



Jacques Pir
Verantwortlicher / Landwirtschaft